

licher und folgerichtiger zu verlangen, daß das Volk allein ja oder nein sage, das ist die Republik.

Sollen die Gesetze Gesetze sein, so müssen sie den Trägern der souveränen Staatsgewalt entspringen. Sollen sie hochgehalten und geliebt werden, so müssen sie aus der freiesten, unbedingtesten und unzweifelhaften Hingebung aller Träger der Gewalt ihr Dasein empfangen haben. Selbst der leiseste Zweifel gegen die ganz freie Willensbestimmung der Gesetzgeber schwächt und vernichtet ihr Werk. Muß der Fürst zum drittenmal ja sagen, so ist er verdächtigt, wenn er schon das erstemal ja sagt. Will man mit scheinbarem Grunde die Krone schwächen, so ist es consequenter, dem Könige überall nur ein suspensives veto zu gewähren, als nur da, wo es sich um Gesetzborschläge innerhalb der Schranken der Verfassung handelt. Denn daß sich bei solchen Gesetzborschlägen Seitens zahlreicher Minoritäten besonders begründete Widersprüche erheben sollten, ist nicht abzusehen; nur solche Proteste zu beherzigen, ist aber der schöne Beruf des Fürsten — bei solchen Gesetzen ist daher ein Widerspruch der Krone am wenigsten zu erwarten. Daraus ergibt sich für unsern konstitutionell monarchischen Staat die Nothwendigkeit, daß es bei der Fassung des Art. 60 der Constitution verbleibe.

Anzuschließen wäre nur noch eine Bemerkung zum Art. 61. Wenn auch die Kammern einen Gesetzborschlag ohne Motivierung verwerfen sollten, so kann bei der Öffentlichkeit ihrer Verhandlungen so wenig im Volke als bei der Regierung ein Zweifel obwalten über die Gründe der Verwerfung. Dasselbe läßt sich bei den nothwendig geheimen Beratungen des Ministeriums nicht behaupten. Es ist aber wichtig für das Volk und für die Kammern vollständig die Gründe zu kennen, welche das Staatsministerium veranlaßt haben, dem Könige die Verwerfung eines von beiden Kammern angenommenen Gesetzborschlages anzurathen. Auch würde es eine nicht ungeeignete Sicherungsmaßregel sein, daß ein solcher Rath nicht von dem einzelnen Departements-Minister der sich schon in den Kammern geäußert hat, sondern vom Gesamtministerium an den König gerichtet sein müßte. Der Artikel 61 möchte daher zweckmäßig durch einen dritten Satz dahin zu ergänzen sein:

wird ein von beiden Kammern angenommener Gesetzborschlag durch den König verworfen, so muß das Staatsministerium seinen desfalls an den König erstatteten Bericht den Kammern mittheilen.

## A m t l i c h e s .

**Berlin**, 21. Februar. Sr. Maj. der König hat dem katholischen Geistlichen, Vicar von Münstermann zu Oßbesseren, Kreis Warendorf, den Rothen Adler-Orden dritter Classe verliehen.

## D e u t s c h l a n d .

**Berlin**, 21. Febr. Es ist als ziemlich sicher anzunehmen, daß die gegenwärtigen Mitglieder des Ministeriums jedenfalls bis nach dem Zusammentritt der Kammern und bis nach ihrer vor der Landes-Repräsentation zu führenden Rechtfertigung in ihren Stellungen verbleiben werden. Gleichzeitig wird versichert, es werde bei Eröffnung der Kammern das Cabinet in der Art ergänzt sein, daß die früheren Minister von Bonin und Freiherr von Arnim, jener als Finanz-, dieser als auswärtiger Minister, in demselben ihren Sitz nehmen werden.

**Berlin**, 21. Febr. Ueber die Thronrede, welche Sr. Majestät selbst bei Eröffnung der Kammer in der üblichen constitutionellen Form ablesen werden, erfahre ich, daß der im Staatsministerium bereits vorbereitete Entwurf in Betreff des Konfliktes zwischen der Krone und der Nationalversammlung die äußerste Schonung beobachtet. Die deutsche Frage soll dagegen mit größter Offenheit behandelt sein und namentlich gegen die Prätenstionen Oesterreichs die entschiedensten Äußerungen vorkommen. — Die Nachwahlen, deren hier mindestens vier statt haben müssen, dürften weniger in oppositionellem Sinne erfolgen, als die ersten Wahlen. Die Ursache ist die Desorganisation der Oppositions-Reaktionen in den verschiedenen Wahlkörpern. Jedenfalls dürfte eine solche Einheit und Geschlossenheit der Organisation auf der oppositionellen Seite diesmal nicht herrschen. Man glaubt übrigens, daß das Ministerium die Nachwahlen erst nach vollendeter Constitution der Kammern vornehmen lassen werde.

— Die verschärften Maßregeln, welche gegen Fremde in letzter

Zeit angewendet wurden, so wie die gesteigerte Wachsamkeit der hiesigen Militär- und Polizeibehörden sollen durch Berichte verschiedener Art über zu befürchtende Schilderhebungen veranlaßt worden sein. Dem Ministerium des Innern soll von einer sich durch Thüringen aus Süddeutschland verzweigenden und in Berlin auslaufenden Arbeiterverschwörung Mittheilung gemacht worden sein, deren Glaubhaftigkeit die in neuester Zeit unter den hiesigen Arbeitern wieder bemerkbar gewordenen Regungen verstärkt zu haben scheinen. Diese Arbeiter in der Hauptstadt, zumal die sehr zahlreiche Klasse der Rattendrucker, sind in der That in einer an Verzweiflung gränzenden Lage. Früher ertheilte Zusicherungen, besonders das Versprechen, stets neben der Maschine eine angemessene Zahl von Arbeitern mit Handdruck zu beschäftigen, konnten, wie es scheint, in Folge der Gewerbsverhältnisse überhaupt Seitens der Arbeitgeber nicht erfüllt werden, und es soll jetzt aus den hiesigen Rattunfabriken die Entlassung eines Theiles der Drucker erfolgen.

**Berlin**, 22. Februar. Die Frage, ob der Staat oder die Stadt eine Verpflichtung zur Beschäftigung von Arbeitern habe, hat längere Berathung bei den Behörden veranlaßt. Eine gemischte Deputation von Magistrats- und Stadtverordneten, welche im Verein mit Ministerial-Kommissarien die Sache berathen, hat eine gesetzliche Verpflichtung von Seiten des Staats und der Stadt nicht anerkannt, wohl aber die Verpflichtung, nach Kräften für Arbeit zu sorgen. Die Kommissarien des Ministeriums erklärten denn auch, daß dasselbe 1000 Arbeiter bei der Ostbahn beschäftigen wolle, wenn die Stadt die Transportkosten trüge. (Dies ist in einer früheren Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung beschloffen worden.)

\* **Frankfurt**, 22. Februar. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurden die Paragraphen 3 und 4 des Wahlgesetzes in folgender Fassung angenommen: §. 3. „Als bescholten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden: Personen, denen durch rechtskräftiges Erkenntniß nach den Gesetzen des Einzelstaates, wo das Urtheil erging, entweder unmittelbar oder mittelbar der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in dieses Recht nicht wieder eingesetzt worden sind. §. 4. Des Rechtes, zu wählen, soll, unbeschadet der sonst verwickelten Strafe, für eine Zeit von 4 bis 12 Jahren durch strafgerichtliches Erkenntniß für verlustig erklärt werden, wer bei den Wahlen Stimmen erkaufte, seine Stimme verkaufte, oder mehr als einmal bei der für einen und denselben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgeben, oder zur Einwirkung auf die Wahl überhaupt gesetzlich unzulässige Mittel angewendet hat.“

\* **Frankfurt**, 21. Febr. Seit einigen Tagen bemerkt man viel verdächtiges Gesindel in der Stadt, darunter viele Polen und Handwerksbursche. Der Commandant unserer Stadt hat deshalb die Posten an den Thoren verdoppelt, und unter dem Vorwande eines Uebungsmarsches die ganze mobile Colonne, die hier garnisonirt (5000 Mann) mit Kanonen und in voller Kriegsrüstung ein paarmal durch die Stadt desfiliren lassen. Hierauf verkrochen sich die verdächtigen Industrierritter.

**Frankfurt**, 22. Februar. Seit gestern Abend steigert sich die Besorgniß, welche die Erkrankung Sr. Kaiserl. Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers erweckt hat. Nach dem Urspruch der Aerzte soll das Uebelbefinden heute Vormittag einen so ernsten Charakter angenommen haben, daß man bei vorgerückten Jahren und den erschöpften Kräften des hohen Patienten auf das Aeußerste gefaßt sein muß.

**Magdeburg**, 21. Febr. Auch die Meister-Deputirten der meisten hiesigen Gewerke, so wie eine große Anzahl einzelner Meister haben einen kräftigen Protest gegen die Ausschließung der Gesellen, Fabrikarbeiter u. vom allgemeinen Wahlrecht nach Frankfurt a. M. an Heinrich Simon gesandt. Der Protest schließt mit den bezeichnenden Worten: „Die deutsche Einheit ist nicht allein die Einheit der deutschen Staaten, sondern die Einheit, die Gleichberechtigung aller Söhne Deutschlands.“

**Stettin**, 17. Febr. Die „Ostsee-Ztg.“ bringt unter diesem Datum folgende etwas wunderbar klingende Nachricht: Einer hier eingegangenen Privat-Nachricht aus guter Quelle zufolge hat die österreichische Regierung durch ihren Internuntius bei der Pforte, Baron Stürmer, dem Pascha von Aegypten 1 Linienerschiff, 3 Fregatten und 1 Dampfschiff abgekauft, man sagt für 7 Mill. Frs. Zur Einübung der Mannschaft sollen 150 holländische Steuermänner und 20 holländische See-Offiziere engagirt werden.

**Posen**, 19. Febr. Laut sicheren, hierher gelangten Privatnachrichten ist Ludwig Mieroslawski (unsern Lesern vom letzten Polenaufstand wohl noch erinnerlich) jetzt wirklich in Sicilien angelangt, um den Oberbefehl über die dortigen Freiheitskämpfer zu übernehmen. Unsere polnische Bevölkerung folgt den Kriegsthaten der polnischen Generale bei der ungarischen Armee mit größter Aufmerksamkeit. Sie glaubt, daß Dem in nächster Zeit Galizien insurgiren werde.

**Leipzig**, 17. Febr. Der Hannoverischen Zeitung schreibt man von hier: „Handelsnachrichten, welche durch Gstaetten an hiesige Häuser gelangt sind, bringen die Nachricht, daß Feldmarschall-Lieutenant